

28. XI. 1917

## Zur Polenfrage.

Von Professor Raimund Friedrich Saindl.

Die „Ostdeutsche Rundschau“ hat am 9. November festgestellt, daß wir als Deutschnationale der Angliederung Galiziens an Polen, wenn die polnische Krone mit der österreichischen Kaiserkrone verbunden würde, rückhaltlos bestimmen. Es muß dabei erinnert werden, daß diese Lösung unseren 1915-16 herateten Programmen und den Wünschen der gemäßigten Polen (Oberstes polnisches Nationalkomitee, Krakauer Konservativ) entspricht.

Selbstverständlich gibt es noch viele Schwierigkeiten zu lösen.

Vor allem ist die Stimmung im Deutschen Reiche, und zwar gerade bei den Nationalen dieser Lösung der Polenfrage nicht freundlich. Trotzdem ich und andere seit Jahr und Tag das Verständnis für sie zu wecken suchen (vergl. mein „Polen und die polnisch-ruthenische Frage“, meine Aufsätze in den „Grenzboten“ 1917, Nr. 29 und Nr. 42, ferner die Ausführungen in der „Deutschen Zeitung“ vom 2. Oktober 1917 und „Mitteleuropa“ Nr. 13), ist jetzt ein sehr starker Widerspruch bemerkbar. Die „Tägliche Rundschau“ spricht sich sogar in sehr erregter Form gegen diese Lösung aus. Und dabei steht doch die Tatsache fest, daß man im Deutschen Reiche auf polnischen Länderzuwachs verzichtet, denn dafür ist im deutschen Bundesstaat kein Platz. Ebenso ist eine Entsendung eines deutschen Fürsten nach Polen untunlich; er müßte doch nur polnischer Herrscher sein. Die Neutralisierung Polens würde zu nichts führen; als selbständiger Staat ist es Antrieben am meisten ausgezehrt. Was bleibt nun anderes übrig als der einzig gangbare Weg. Auch er weist freilich noch genug Schwierigkeiten auf. Aber einen anderen besseren hat noch niemand gewiesen.

Gewiß, das Deutsche Reich muß für seine Opfer entschädigt und sichergestellt werden. Der neue Staat liegt wenige Stunden von Berlin, daher fordert man politische, militärische und wirtschaftliche Bürgschaften. Ist Polen mit Oesterreich verbunden, so werden diese Bürgschaften wohl größere Sicherheit bieten als in jedem anderen Falle. Außerdem wird das Deutsche Reich einen Gebietszuwachs erhalten müssen. Solange keine entsprechenden Gebiete dafür zur Verfügung standen, konnte das nicht geschehen. Man spricht jetzt von Kurland und Litauen. Dies würde in vielen Beziehungen eine vorteilhafte Lösung der Frage bilden. Die Litauer wollen von Polen nichts wissen, selbst werden sie nicht bestehen können. Ihre Verbindung mit Deutschland ist dann der einzige Ausweg. Kurland und Litauen in deutschen Händen würden aber auch die ruhige Entwicklung des neuen Polen sichern helfen. Den Polen werden dadurch freilich gewisse Beschränkungen auferlegt; aber ohne diese ist eben ihre Frage nicht zu lösen.

Unter den Gesichtspunkt fällt auch die Ruthenenfrage. Wir Deutschösterreicher haben in allen unseren Vorschlägen erklärt, daß wir die Schaffung einer ostgalizischen ruthenischen Provinz fordern und daran halten wir auch fest. Das muß auch gegenüber den Vorwürfen, wie sie Abgeordneter Singalewitsch in seiner Schrift „Zur Sonderstellung Galiziens“ erhebt, hergestellt werden. Das Verbleiben der Ruthenen in Polen würde diesen Staat nie zur Ruhe kommen lassen. Daher kann auch der Vorschlag nicht gebilligt werden, Ostgalizien zu Polen in das Verhältnis Kroatiens zu Ungarn zu setzen. Ein beruhigtes Ostgalizien in unseren Händen wird den Grenzschutz gegen Osten vervollständigen. Dadurch allein wird auch die Erhaltung der Bukowina möglich. Diese muß selbständig bleiben, schon wegen der Rumänen, aber auch aus anderen staatlichen Gründen. Die Ruthenen werden sich ebenfalls bescheiden müssen, wenn sie nicht die Verwirklichung des Apollischen gefährden wollen. Eine Ver-

meidung der Bildung der ruthenischen Provinz Ostgalizien mit der Freien Ukraine ist vor allem sehr deutlich zu vermeiden. Wie die Deutschen müssen auch Polen und Ruthenen sich bescheiden, nicht in einem Staate zusammen zu wohnen.

Eine allgemeine Forderung ist es, daß im polnisch-ruthenischen Gebiet das Schicksal der deutschen Ansiedler gesichert bleibt. Dafür sind die Karpathendeutschen immer eingetreten. Daß ihre Forderung erfüllt werde, so wie sie in die deutschen Programme auf ihren Wunsch aufgenommen wurde, liegt im Vorteil aller Deutschen und der verbündeten Staaten. Alle Völker, die von uns Deutschen gefördert werden, müssen auch den Grundsatz anerkennen, daß sie uns nicht schuldig sind. Nur so kann ein erfolgreiches Zusammenarbeiten ermöglicht werden.

Schließlich darf nicht vergessen werden, daß wir wegen der militärischen und wirtschaftlichen Bedeutung Galiziens und im Hinblick auf die von uns für das Land gebrachten Opfer uns bei der Abtretung eine Reihe von Vorbehalten und Rechten ausbedingen müssen. Wie wir unsere Legionen als Kader des einstigen polnischen Heeres nur unter gewissen Voraussetzungen hergeben, so können wir auch Galizien nur unter Wahrung unserer Rechte abtreten. Auch die Verbindung Ostgaliziens mit der Bukowina erfordert dies. Leichter und sicherer hätten sich alle diese Bestimmungen durchführen lassen, wenn das Endergebnis des Krieges einmal feststände. Auch im Deutschen Reiche ist man dieser Ansicht. Immer wieder kommt man so darauf zurück, daß eine endgültige Lösung erst nach einem klaren und friedlichen Frieden der Mittelmächte möglich ist. Deshalb haben wir auch eine Uebergangszeit mit Militärverwaltung gefordert. (Vergl. meine früher angeführten Arbeiten, die Ausführungen in „Mitteleuropa“ Nr. 16 und „Deutsche Siedlung im Osten“, Stuttgart 1914).